

12:10

lhe hes0043 4 pl 305 lhe 7175

Kommunen/Wahlen/Ausländer/

»(Wochenendwiederholung)

Initiative will für kommunales Wahlrecht aller Ausländer werben =

Rüsselsheim (dpa/lhe) - Mit einer Initiative auf Bundesebene will der Landesausländerbeirat Hessen allen Ausländern zum kommunalen Wahlrecht verhelfen. «Das Kommunalwahlrecht soll auch nicht EU-Bürgern zugebilligt werden, wenn sie drei Jahre in einer deutschen Kommune leben und dort dauerhaft wohnen», sagte die Geschäftsführerin des Landesausländerbeirates, Ulrike Foraci, am Samstag in Rüsselsheim. Derzeit sind bei Wahlen etwa zu Stadtparlamenten, Gemeinderäten und Kreistagen außer Deutschen nur Ausländer aus Staaten der Europäischen Union stimmberechtigt.

Die Initiative soll zusammen mit der hessischen Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden wie Städte- und Gemeindetag sowie Bürgermeistern gestartet werden. Foraci nannte es «wünschenswert, das Ziel möglichst noch in dieser Legislaturperiode zu erreichen», also bis im Jahr 2009. Da im Bund derzeit eine großen Koalition regiert, sieht sie Chancen, eine Mehrheit für eine erforderliche Änderung des Grundgesetzes zu bekommen. Mit der Initiative greift der Landesausländerbeirat einen Vorschlag der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer auf. Konkrete Aktionen sind zunächst nicht geplant.

Bei ihrer Tagung in Rüsselsheim kritisierten die Vertreter von gut 100 Ausländerbeiräten zudem, die neue Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer werde zu langsam umgesetzt und Betroffene würden schlecht informiert. Die hessische Landesregierung solle die Ausländerbehörden anweisen, Betroffene bis zur Entscheidung über ihren Antrag zu dulden. Derzeit hat Antrag keine aufschiebende Wirkung, wenn die Betroffenen abgeschoben werden sollen. Nach Angaben des Landesausländerbeirates wurden in Hessen bis Ende Februar 5850 Anträge auf Bleiberecht gestellt. Davon seien 330 positiv entschieden und 122 abgelehnt worden.

Nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2006 sollen bislang lediglich geduldete Ausländer dauerhaft bleiben dürfen, wenn sie einen Arbeitsplatz haben. In Deutschland leben nach offiziellen Angaben etwa 200 000 Menschen, die aus Gründen politischer oder religiöser Unterdrückung und Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie sind keine anerkannten Asylbewerber und haben damit nicht automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht.

dpa hi yyhe jb

041210 Mrz 07

Beiräte streiten für Wahlrecht

Treffen der Ausländervertretungen / Kritik an Bleiberechtsregel

Mit einer Initiative auf Bundesebene will der Landesausländerbeirat Hessen allen Ausländern zum kommunalen Wahlrecht verhelfen.

RÜSSELSHEIM · „Das Kommunalwahlrecht soll auch nicht EU-Bürgern zugebilligt werden, wenn sie drei Jahre in einer deutschen Kommune leben und dort dauerhaft wohnen“, sagte die Geschäftsführerin des Landesausländerbeirates, Ulrike Foraci, am Samstag in Rüsselsheim.

Derzeit sind bei Wahlen etwa zu Stadtparlamenten, Gemeinderäten und Kreistagen außer Deutschen nur Ausländer aus Staaten der Europäischen Union stimmberechtigt.

Die Initiative soll zusammen mit der hessischen Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden wie Städte- und Gemeindegewerkschaft sowie Bürgermeisterinnen gestartet werden. Foraci nannte es „wünschenswert, das Ziel möglichst noch in dieser Legislaturperiode zu erreichen“, also bis im Jahr 2009. Da im Bund derzeit eine große Koalition regiert, sieht sie Chancen, eine Mehrheit für eine erforderliche Änderung des Grundgesetzes zu bekommen.

Mit der Initiative greift der Landesausländerbeirat einen Vorschlag der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer auf. Konkrete Aktionen sind zunächst nicht geplant.

Bei ihrer Tagung in Rüsselsheim kritisierten die Vertreter von gut 100 Ausländerbeiräten zudem, die neue Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer werde zu langsam umgesetzt und Betroffene würden schlecht informiert. Die hessische Landesregierung solle die Ausländerbehörden anweisen, Betroffene bis zur Entscheidung über ihren An-

trag zu dulden. Derzeit hat der Antrag keine aufschiebende Wirkung, wenn die Betroffenen abgeschoben werden sollen. Nach Angaben des Landesausländerbeirates wurden in Hessen bis Ende Februar 5850 Anträge auf Bleiberecht gestellt. Davon seien 330 positiv entschieden und 122 abgelehnt worden.

Nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2006 sollen bislang lediglich geduldete Ausländer dauerhaft bleiben dürfen, wenn sie einen Arbeitsplatz haben.

In Deutschland leben nach offiziellen Angaben etwa 200 000 Menschen, die aus Gründen politischer oder religiöser Unterdrückung und Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie sind keine anerkannten Asylbewerber und haben damit nicht automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht. DPA

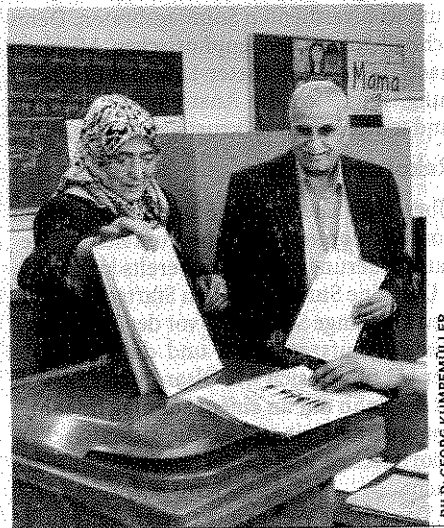


BILD: GEORG KUMPFMÜLLER

Hessens Ausländerbeiräte wollen ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger.

rhein-main.net Was-Wann-Wo Essen u. Trinken Sport Marktplatz Anzeigenmarkt Lebensart Stadinfo

Goldene Zeiten:

Goldene Tagesgeld-Konditionen von der Volkswagen Bank: bis zu 3,6 % Guthabenzins*

>> Mehr Informationen

Grüne Erträge

Ökologisch und profitabel: Teakholz-Plantagen in Costa Rica bringen Ihnen bis 12% Rendite

>> Mehr Informationen

Kein DSL verfügbar?

Mit den T-Online eco Tarifen schnell & zuverlässig ins Internet.

>> Mehr Informationen

Jetzt sichern!

Erfolgreiche Altersvorsorge mit der Riester-Rente: Jetzt sichern Sie sich zuzugreifen

>> Mehr Informationen

Home Ihre Tageszeitung Themenseiten Anzeigenmarkt Leserservice

Suche



Erweiterbare Suche

Nachrichten

- Top-Themen
- Rhein-Main
- Vermischtes
- Kultur
- Wirtschaft
- Politik
- Sport allgemein
- Video-News
- Sport in Rhein-Main
 - Eintracht
 - Mainz 05
 - OFC
 - Lions
 - Galaxy
 - Skyliners
- Sport-Fotos
- Sporttabellen
- Sport Live-Ticker**
- Tipps und Trends
 - Auto & Verkehr
 - Bauen & Wohnen
 - Multimedia
 - Ernährung
 - Familie
 - Garten & Umwelt
 - Geld und Recht
 - Gesundheit
 - Jugend
 - Lifestyle
 - Reise
 - Technik
 - Tiere
 - Auto - Fahrberichte
 - Beruf & Bildung
 - Buchkritiken
 - Tool der Woche
- Service

Frankfurter Neue Presse

Frauensache
 Computer & Internet
 Rock-Top
 Auto & Motor
 Kinoseite

Literatur > Home > Aktuelle Meldungen > Rhein-Main Wissenschaft

← zurück
03.03.2007

Ratgeber
 Jugendseite 100pro
 freizeit
 Reise
 Roman

Initiative will für kommunales Wahlrecht aller Ausländer werben

Rüsselsheim (dpa) Mit einer Initiative auf Bundesebene will der Landesausländerbeirat Hessen allen Ausländern zum kommunalen Wahlrecht verhelfen. «Das Kommunalwahlrecht soll auch nicht EU- Bürgern zugebilligt werden, wenn sie drei Jahre in einer deutschen Kommune leben und dort dauerhaft wohnen», sagte die Geschäftsführerin des Landesausländerbeirates, Ulrike Foraci, am Samstag in Rüsselsheim. Derzeit sind bei Wahlen etwa zu Stadtparlamenten, Gemeinderäten und Kreistagen außer Deutschen nur Ausländer aus Staaten der Europäischen Union stimmberechtigt.

Die Initiative soll in Zusammenarbeit mit der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden wie Städte- und Gemeindetag sowie Bürgermeistern gestartet werden. Damit greift der Landesausländerbeirat einen Vorschlag der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) auf.

Bei ihrer Tagung in Rüsselsheim kritisierten die Vertreter von gut 100 Ausländerbeiräten zudem, die neue Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer werde zu langsam umgesetzt und Betroffene würden schlecht informiert. Die hessische Landesregierung solle die Ausländerbehörden anweisen, Betroffene bis zur Entscheidung über ihren Antrag zu dulden. Derzeit hat Antrag keine aufschiebende Wirkung, wenn die Betroffenen abgeschoben werden sollen. Nach Angaben des Landesausländerbeirats wurden in Hessen bis Ende Februar 5850 Anträge auf Bleiberecht gestellt. Davon seien 330 positiv entschieden und 122 abgelehnt worden.

Nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2006 sollen bislang lediglich geduldete Ausländer dauerhaft bleiben dürfen, wenn sie einen Arbeitsplatz haben. In Deutschland leben nach offiziellen Angaben etwa 200 000 Menschen, die aus Gründen politischer oder religiöser Unterdrückung und Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie sind keine anerkannten Asylbewerber und haben damit nicht



Wetter

Heute



bis 12 °C
mel

TOP-TI
EU-M
radika
Zielv

Brüss
 Wenig
 Gipfel
 Außen
 Europä
 Brüsse
 Kompr
 und Re
 vorzub
 endgü
 ist nac
 Diplom
 Donne
 Gipfel
 mel

Anze

Imm
 Kfz (
 Stell
 Floh
 Kenn
 Reis
 Tele
 Dien
 Onlin
 Anze

We

Taur
 Nass
 Bad
 Höch
 Neu-
 Pres
 Usin

- [E-Paper-Abo](#)
- [E-Paper-Einzelbezug](#)
- [Leser-Reporter](#)
- [Bildergalerie](#)
- [Kino-News](#)
- [Podcast](#)
- [Weblog](#)
- [News per SMS](#)
- [Eintrachtblog](#)
- [News per Mail](#)
- [Mobile News](#)
- [RSS-Feeds](#)
- [Kontakt](#)
- [Shop](#)
- [Redakteure](#)

Ihre Startseite

Einloggen für Ihre persönliche Startseite

► [Welche Vorteile habe ich von einer Registrierung?](#)

E-Mail-Adresse

Kennwort



► [Kennwort vergessen?](#)

Weltweite Suche

Google



SPECIALS:

Artikel kommentieren

Folgende Artikel haben Leser kommentiert: Schauen Sie rein! Und kommentieren Sie selbst!

► [mehr](#)

Umfrage der Woche

automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht.

► [Kommentar verfassen](#)

◀ [zurück](#)

Bitte beachten Sie:

Unser Angebot dient lediglich Ihrer persönlichen Information. Kopieren und/oder Weitergabe sind nicht gestattet.

© 2003 Frankfurter Neue Presse

- [Zum Anfang der Seite](#) | [Mediadaten - Anzeigen](#)
- [Seite zu den Favoriten](#) | [RSS-Feeds](#) | [Voiontariat](#)
- [Online-Werbung](#) | [Impressum Online](#) | [Impressum Print](#)
- [FNP.de als Startseite](#) | [FNP.de zu Favoriten hinzufügen](#)
- [Leserbrief zu diesem Artikel schreiben](#)
- [Druckversion dieses Artikels](#)
- [Diesen Artikel versenden](#)
- [Was ist FNP, TZ, HK, NNP?](#)

Bilder



Mondfi

A



At

Bilder



Highlig

Wer i



Bilderg Frankf

Panik



Lesen was Si bekom
► [mel](#)

Wenn

FAZ 05.03.2007

Kommunales Wahlrecht aller Ausländer verlangt

RÜSSELSHEIM (lhr.) Mit einer Initiative auf Bundesebene will der Landesausländerbeirat Hessen allen Ausländern zum kommunalen Wahlrecht verhelfen. „Das Kommunalwahlrecht soll auch Nicht-EU-Bürgern zugebilligt werden, wenn sie drei Jahre in einer deutschen Kommune leben und dort dauerhaft wohnen“, sagte die Geschäftsführerin des Landesausländerbeirates, Ulrike Foraci, am Samstag in Rüsselsheim. Derzeit sind bei

Wahlen etwa zu Stadtparlamenten, Gemeinderäten und Kreistagen außer Deutschen nur Ausländer aus Staaten der EU stimmberechtigt. Die Initiative soll zusammen mit der hessischen Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden sowie Bürgermeistern gestartet werden. Bei ihrer Tagung kritisierten die Vertreter von gut 100 Ausländerbeiräten zudem, die neue Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer werde zu langsam verwirklicht und Betroffene würden schlecht informiert. Wiesbaden solle die Ausländerbehörden anweisen, Betroffene bis zur Entscheidung über den Antrag zu dulden.

Göçmenlere de oy hakkı verilsin

HESSEN YABANCILAR MECLİSİ'NDEN SEÇİM ATAĞI

Hessen Eyalet Yabancılar Meclisi (AGAH), göçmenlerin yerel seçimlerde oy hakkına kavuşmaları için çalışma başlattı. AGAH Başkanı Yılmaz Memişoğlu, 3 yıl burada ikamet eden yabancıların yerel seçimlerde oy kullanması için Frankfurt Belediye Başkanı Roth'tan destek isteyeceklerini söyledi.

ALMANYA'da Hessen Eyaleti Yabancılar Meclisi (AGAH) yabancıların yerel seçimlerde oy hakkına kavuşması için eyalet bazında harekete geçti. Konuyla ilgili açıklama yapan Hessen Yabancılar Meclisi Başkanı Yılmaz Memişoğlu, "Yerel düzeydeki seçim hakkı, bir bölgede 3 yıldan beri yaşayan AB vatandaşları için geçerli olmaktan çıkarılıp tüm yabancıları kapsar hale getirilmeli" dedi.

Halen yürürlükte olan yasaya göre, yerel seçimlerde Alman vatandaşları ve o bölgede 3 yıldan beri yaşamakta olan Avrupa Birliği vatandaşlarının oy kullanabildiklerini dile getiren Memişoğlu, "Bir kişi yıllardan beri o bölgede yaşıyorsa, o bölgenin yerel idaresi hakkında söz sahibi olabilmelidir" şeklinde konuştu.

ANAYASA DEĞİŞİKLİĞİ

Yabancılar Meclisi'nin başlattığı girişim ile Hessen Eyalet Hükümeti'nin, yerel derneklerin, bölge meclislerinin ve eyalette bulunan bütün belediye başkanlarının soruna dikkatleri çekilerek destekleri isteneceği bildirildi. AGAH Başkanı Memişoğlu, "Dileğimiz bu seçim dönemi içinde, yani 2009 yılına



AGAH Genel Sekreteri Ulrike Foraci, Başkan Yılmaz Memişoğlu ve toplantıya evsahipliği yapan Rüsselsheim Yabancılar Meclisi Başkanı Adnan Dayankaç (soldan), yabancılarla yerel seçimlerde oy hakkı istedikler.

kadar tüm yabancıların seçim hakkına kavuşturulmasıdır" dedi. Memişoğlu, Federal Hükümet'in büyük koalisyonundan oluşmasını bu konuda yapılması gereken anayasa değişikliği için bir fırsat olduğunu da sözlerine ekledi. Hessen Yabancılar Meclisi üyeleri, yabancılarla seçim hakkı için başlattığı çalışma çerçevesinde ilk

görüşmeyi bir süre önce benzer bir talepte bulunan Frankfurt Belediye Başkanı Petra Roth ile yapacak. Petra Roth ile görüşecek olan AGAH Seçim Komisyonu, 3 yıl bir bölgede oturan yabancıların yerel seçimlerde oy kullanabilmesi için CDU'lu Belediye Başkanı'ndan destek isteyecek.

■ İsa DEVEÇEKEN / RÜSSELSHEİM

SINIR DIŞI DURDURULSUN

Rüsselsheim'da biraraya gelen Hessen Eyaleti'ndeki 70'e yakın Yabancılar Meclisi üyesi ayrıca Almanya'dan sınır dışı edilmelerinin önüne geçilmesini de istedikler. Dairelerdeki oturum işlemlerinin yavaş ilerlediğine dikkat çeken AGAH Genel Sekreteri Ulrike Foraci, "Koalisyon hükümetinin geçen kasım ayında aldığı karar sonrası 'geçici oturumunu' kalıcıya dönüştürmek isteyen 5 bin 800 kişi müracaata bulundu. Bu kişilerden bin 450'sinin dosyası karara bağlandı. Bu kişilerden 330'u ise sınır dışı edildiğini öğrendik. Sınır dışılarına son verilmesini istiyoruz" dedi.

'TEPKİ GÖSTERECEĞİZ'

Toplantıda ayrıca Almanya'daki göçmen yasaının ağırlaştırılmasına tepki göstereceklerini de vurgulayan Foraci, şunları söyledi:

"Ayrıca her yerde, her zaman çok dilliliğin önemine işaret ediyor. Türkçe'nin de okullarda yabancı dil olarak verilmesinden yanayız. Okullarda korkuların yenilmesi, birlikte yaşamın özendirilmesi için çalışmalar yapılması uyuma katkı sağlar."

ALB

Schule ist Thema beim Treff der Ausländerbeiräte

Bildung – Landesverband tagt in Rüsselsheim – Dayankac: Kinder mit Deutschdefiziten vor der Sonderschule retten

Türkisch-Unterricht an Schulen war ein Thema bei der Plenarsitzung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) am Wochenende in Rüsselsheim. Der Vorsitzende des Landesausländerbeirates, Yilmaz Memisoglu, die agah-Geschäftsführerin Ulrike Foraci und der Rüsselsheimer Ausländerbeirats-Vorsitzende Adnan Dayankac fassten in einer Pressekonferenz die Ergebnisse zusammen.

Bei den „Internationalen Schulen“ würde zweisprachiger Unterricht, die Kombination von Deutsch mit Englisch oder Französisch, als erstrebenswert dargestellt, betonte Yilmaz Memisoglu. Deshalb sei nicht einzusehen, warum das nicht auch für Türkisch gelten könne, da es doch genügend Interessierte gebe. Man unterstütze etwa das Anliegen der

Kommunalen Ausländerververtretung Frankfurt, den griechisch-deutschen Unterricht in der Holzhausenschule zu erhalten.

„Jede Schule sollte eine Solidargemeinschaft bilden, in der Ängste vor Fremden und Andersartigen genommen werden müssten“, forderte Memisoglu und sah das Problem im dreigliedrigen Schulsystem, „wo Kinder aus der Schulgemeinschaft herausgerissen und ohne praktische Rückkehr“ in andere Schulen aussortiert würden. Eine solche Selektion lege den künftigen Lebensweg fest und berge vielerlei Gefahren.

Die Vorstellungen zur Auflösung der Hauptschule widersprächen den Erkenntnissen der Fachleute, deshalb sei ein Zusammenbleiben der Schüler bis zur achten Klasse notwendig.

Nicht dezentrale Schulen sei-

en die Lösung, sondern dezentrale Förderungen in derselben Schule. Es sei notwendig, die „differenzierten Lernmethoden der Schüler auch differenziert mit zusätzlichen Lehrkräften zu fördern“, war ein zentrales Anliegen des agah-Landesvorsitzenden. „Förderschulen machen den Lehrern das Leben leicht“, sagte Memisoglu, denn Schüler, die Schwierigkeiten machten, würden einfach dorthin abgeschoben, aber „die Ursachen werden nicht genügend erforscht“.

Memisoglu kritisierte den „neuen Wirtschaftszweig Hausaufgabenhilfen“. Statt Steuergelder zu verschwenden, müssten Kinder in die Lage versetzt werden, ihre Hausaufgaben selbst machen zu können. Die Organisationsform, in der das geschehe, sei dabei zweitrangig, aber eine

Schule, die nur „Mittagessen und Betreuung“ biete, sei dazu nicht geeignet und verdiene die Bezeichnung Ganztagschule nicht. Kinder müssten für ihre Lebensaufgabe fit gemacht werden und nicht alleine für den Beruf, der im späteren Leben ohnehin häufig wechseln könne.

Der Rüsselsheimer Ausländerbeiratsvorsitzende Adnan Dayankac nannte die von der CDU für Rüsselsheim geforderte Privatschulen „kontraproduktiv, weil sie zu zwei Gesellschaften führten“, gegen eine Integration gerichtet seien und Vorurteile verstärkten. Privatschulen seien nur zu akzeptieren, wenn ihre Klassenzusammensetzungen denen der übrigen staatlichen Schulen entsprächen.

Es sei weiter nicht hinnehmbar, dass mangelnde Deutsch-

kennnisse zu einem Verweis in eine Sonderschule führten; diese Kinder seien nicht lernbehindert, sondern müssten in ihrer Schule nur zusätzlich sprachlich gefördert werden. „Die Zusammenarbeit mit dem Schulamt könnte ich mir besser vorstellen“, sagte Dayankac, denn man wolle wissen, welche Kriterien für die Abschiebung zur Sonderschule gelten würden. Zahlreiche Eltern würden ihn immer wieder ansprechen, „um ihre Kinder vor der Sonderschule zu retten“. Das Schulamt wiederum habe offensichtlich Probleme wegen des Datenschutzes bestimmte Informationen weiter zu geben.

Yilmaz Memisoglu nahm die Eltern in die Pflicht, ihren Kindern die deutsche Sprache beizubringen und in der Bildung ihrer Kinder ein hohes Gut zu sehen. kgg

„Privatschulen nur für Deutsche“

Ausländerbeiräte tagen in Opelstadt

Von

Dieter Ackermann-Girschik

Während die CDU eifrig für eine Privatschule in Rüsselsheim wirbt, warnt Ausländerbeiratsvorsitzender Adnan Dayankac vor negativen Konsequenzen. Dayankac fürchtet, dass Eltern deutscher Kinder ihren Nachwuchs nur deshalb auf eine Privatschule schicken könnten, weil ihnen der Anteil an Migrantenkinder an den staatlichen Schulen in Rüsselsheim zu hoch sei. Am Ende könnte das heißen: Kinder mit Migrationshintergrund in staatliche Schulen, deutsche Kinder auf Privatschulen. „Das ist kontraproduktiv. Das fördert nicht die Integration“, unterstrich Dayankac auf der Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH), die am Samstag im Rüsselsheimer Rathaus tagte. Nur wenn sichergestellt sei, dass an einer solchen Privatschule 20 bis 30 Prozent der dort unterrichteten Kinder ausländischer Herkunft seien, sei er dafür.

Kritik äußerte Dayakac am Samstag zudem an den Schulbehörden, die Kinder ausländischer Herkunft an die „Sonderschule“ in Rüsselsheim überwiesen, nur weil sie nicht

genügend Deutsch könnten. Er berichtete von Kindern, die ihre Muttersprache fließend sprächen, nicht aber Deutsch, und die von den Schulbehörden deshalb mit der Diagnose „Lernbehinderung“ auf die Förderschule müssten.

Die unter seinem Amtsvorgänger verabredete Zusammenarbeit mit dem für Rüsselsheim zuständigen staatlichen Schulamt „könnte besser sein“, so Dayankac. Laut Hélène Schunk, Leiterin der Servicestelle „Integration und internationale Beziehungen“ in der Stadtverwaltung, die an der Konferenz der AGAH teilnahm, sei seinerzeit zwischen Ausländerbeirat und Schulamt vereinbart worden, sich öfter zu treffen. Sie betonte aber auch, dass das Schulamt wegen des Datenschutzes wohl nicht berechtigt sei, dem Ausländerbeirat Informationen über diese Kinder weiterzugeben.

Ulrike Foraci, AGAH-Geschäftsführerin, warf den hessischen Schulbehörden am Samstag insgesamt vor, Migrantenkinder allzu leichtfertig auf Förderschulen zu schicken, von denen es in der Regel kein Zurück an höhere Schulen mehr gebe. Betroffen seien vor allem Kinder italienischer und türkischer Herkunft.